

ÖkologiePolitik 191 / Mai 2023

40. Jahrgang | ISSN 1430-6646 | 3,- Euro (PDF)

Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei



Ökologie Politik

| NATUR- UND ARTENSCHUTZ



TITELTHEMA: NATUR- UND ARTENSCHUTZ

4 BIODIVERSITÄT

„Ohne Mücke keine Schokolade“

Interview mit Dr. Hilke Oberhansberg und Dr. Frauke Fischer

7 NATURSCHUTZPOLITIK

„Es fehlt der politische Wille“

Interview mit Magnus Wessel

12 MOBILFUNKSTRAHLUNG

„Je näher am Mast, desto weniger Insekten“

Interview mit Peter Hensinger

14 ARTENSCHUTZ-VOLKSBEGEHREN

„Das richtige Werkzeug“

Interview mit Tobias Ruff

17 KULTURGESCHICHTE

„Verantwortung für das Haus der Schöpfung“

Interview mit Prof. Dr. Markus Vogt

ÖDP INTERN

22 BUNDESVORSTAND

„Nachhaltig, ökologisch und demokratisch“

Interview mit der ÖDP-Bundvorsitzenden Charlotte Schmid

25 JÖ – JUNG. ÖKOLOGISCH

JÖ Unterfranken starten durch und unterstützen in Bremen

von Andrea Gilg

26 LANDESVERBÄNDE

33 BUNDESARBEITSKREISE

36 ÖP-REDAKTION

ÖkologiePolitik im neuen Gewand

39 TERMINE, IMPRESSUM

Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

Fußabdrücke sind nichts Schlechtes. Ganz im Gegenteil: Jeder Mensch sollte danach streben, einen möglichst großen Fußabdruck zu hinterlassen. Allerdings keinen übergroßen ökologischen. Sondern einen, von dem sich sagen lässt, dass die Welt dadurch besser statt schlechter geworden ist. Durch aktives Gestalten statt passivem Konsumieren. Durch Einsatz für das Wahre, Schöne und Gute, für Freiheit und Gerechtigkeit, für Vernunft. Diese Werte geraten heute zunehmend in Bedrängnis.

In Bedrängnis gerät auch immer mehr die von der Natur hervorgebrachte Artenvielfalt. Die ist faszinierend, wunderschön, ein Wert an sich und allein schon deshalb schützenswert. Vor allem aber ist sie unsere Lebensgrundlage. Das wird gerne übersehen. Wenn wir unsere Ökosysteme in ihrem derzeitigen Zustand bewahren, dann schützen wir uns selbst. Dass es dafür allerhöchste Zeit ist, wird uns durch sich ereignende und sich abzeichnende Katastrophen schmerzhaft bewusst gemacht.

Zwar kann jeder Mensch selbst einiges tun, kann aber eine ökologisch orientierte Politik nicht ersetzen. Nur sie kann unsere wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so korrigieren, dass unsere Wirtschaft das Gemeinwohl fördert, statt unsere Gesellschaft in immer weniger Gewinner und immer mehr Verlierer zu spalten. Nur sie kann unsere wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so korrigieren, dass wir nicht die Lebensgrundlagen von uns und unseren Kindern und Enkeln zerstören.

Welche Bedeutung die Artenvielfalt für unsere Lebensgrundlagen hat und was für ihren Schutz dringend getan werden muss – das will Ihnen diese Ausgabe der ÖkologiePolitik näherbringen. Zudem blickt sie zurück auf die kulturgeschichtlichen Ursachen der Naturzerstörung. Und auf einen vor vier Jahren errungenen Erfolg: das von der ÖDP Bayern initiierte Volksbegehren „Artenschutz – Rettet die Bienen!“. Es zeigte klar, dass organisierter Druck von unten sehr viel bewegen kann.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen Ihre

Günther Hartmann

Jan Altnickel

Günther Hartmann

Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel

Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur



BIODIVERSITÄT

„Ohne Mücke keine Schokolade“



Die Vielfalt an Arten und Ökosystemen ist massiv bedroht. Aber warum ist sie eigentlich so wichtig? Sind im Lauf der Evolution nicht schon viele Arten ausgestorben? Können wir Heutigen nicht einfach auf die eine oder andere Art verzichten? Warum wir das besser nicht tun sollten, erklären zwei Umweltberaterinnen.

Interview mit Dr. Hilke Oberhansberg und Dr. Frauke Fischer

ÖkologiePolitik: Frau Dr. Oberhansberg, Frau Dr. Fischer, Sie haben zusammen zwei Bücher über Biodiversität geschrieben. Warum? Und warum gleich zwei?

Dr. Hilke Oberhansberg und Dr. Frauke Fischer: Eigentlich, weil wir uns immer gefragt haben, warum nicht jeder ein Fan von Biodiversität ist. Es ist doch faszinierend, mit welcher Perfektion und Genialität die Natur in ihren Ökosystemen großartige Dinge

„Biodiversität ist die Voraussetzung für die Erbringung von Ökosystemleistungen.“

hervorbringt, von denen wir Menschen lebensnotwendig abhängen, wie Nahrung und Rohstoffe, saubere Luft, Trinkwasser, Arzneimittel, Katastrophenschutz, um nur einige zu nennen. Gleichzeitig haben wir immer wieder festgestellt, dass kaum jemandem diese Abhängigkeit klar ist und auch kaum jemand weiß, was es braucht, um diese Systeme am Laufen zu halten – nämlich Biodiversität. Da-

Dr. Hilke Oberhansberg

Jahrgang 1969, studierte Wirtschaftswissenschaften, promovierte, arbeitete für internationale Konzerne, studierte dann Interdisziplinäre Umweltwissenschaften und ist seither vor allem in der Umweltbildung und -beratung tätig.



Dr. Frauke Fischer

Jahrgang 1965, studierte Biologie, promovierte, leitete eine internationale Forschungsstation, baute an der Universität Würzburg das Lehrgebiet „Internationaler Naturschutz“ auf und gründete 2003 die Agentur „auf!“.



www.agentur-auf.de

rum scheint der Schutz von Biodiversität für viele Menschen auch kein wichtiges Thema. Wir haben das erste Buch also geschrieben, um zu erklären, was Biodiversität bedeutet und wie es um sie steht, in der Hoffnung, Begeisterung oder zumindest mehr Respekt vor ihr zu wecken. Das zweite Buch ist der Beobachtung geschuldet, dass sehr oft Klimawandel und Biodiversität als zwei verschiede-

ne Dinge betrachtet werden. Als könnten wir uns entscheiden, um was wir uns zuerst kümmern. Das ist aber ein fataler Irrtum, denn beide Dinge sind nicht nur eng verwoben, sie können auch nur gemeinsam gelöst werden. Darum geht es im zweiten Buch.

Die Titel Ihrer Bücher machen neugierig. Tun Mücken tatsächlich etwas für uns?

Ganz sicher. Mücken stehen am Anfang langer Nahrungsketten und komplexer Nahrungsnetze. Wer sich an einem Froschkonzert und dem Gesang von Vögeln erfreuen oder ein Forellenfilet genießen möchte, profitiert von Mücken. Ein Totschlagargument gibt es auch noch: Zwei Arten von Bartmücken sind die mit Abstand wichtigsten Bestäuber von Kakao. Damit heißt es: Ohne Mücke keine Schokolade!

Und beeinflussen Wale tatsächlich das Klima?

Ja, Wale sind schwimmende Kohlenstoffspeicher. Anders als große landlebende Tiere, versinken sie nach ihrem Tod im Meer und werden oft im Sediment eingebettet. So binden sie über sehr lange Zeiträume Kohlenstoff. Dazu kommt, dass ihr spezieller Kot Algen, die besonders viel CO₂ binden, sehr

gut düngt. Auch damit tragen sie zum Klimaschutz bei. Weil wir die großen Wale aber mittlerweile zu seltenen Tieren gemacht haben, können sie diese Serviceleistungen nur noch eingeschränkt erbringen.

Welches sind die größten Bedrohungen der Biodiversität?

Am bedeutendsten sind fünf Faktoren – fünf menschengemachte Faktoren: Landnutzungsänderungen wie z.B. die Rodung von Regenwäldern für das Anlegen von Feldern oder Weiden, direkte Verfolgung, Umweltgifte, Klimawandel und invasive Arten.

Welche Bedrohungen entstehen durch schwindende Biodiversität?

Es geht schlicht um unser Überleben. Biodiversität ist die Voraussetzung für die Erbringung von Ökosystemleistungen wie die Bereitstellung fruchtbarer Böden, Bestäubung, das Reinigen von Luft und Wasser,

„Der Wert der weltweiten Ökosystemleistungen übersteigt den Wert des weltweiten Brutto-sozialprodukts um den Faktor 2.“

die Aufrechterhaltung weltweiter Wasser- und Nährstoffkreisläufe, die Regulation von Krankheiten oder des Weltklimas. Das alles können wir entweder gar nicht, nur teuer oder unzulänglich ersetzen und keinesfalls bezahlen. Der Wert der weltweiten Ökosystemleistungen übersteigt den Wert des weltweiten Brutto-sozialprodukts etwa um den Faktor 2. Mehr als die Hälfte des weltweiten Brutto-sozialprodukts ist wiederum direkt oder indirekt von Leistungen der Natur abhängig.

Welche Rolle spielt dabei die Klimaerwärmung?

Eine sehr große. Einerseits machen steigende Temperaturen, Trockenheit oder Flu-

Foto Mücke: Erik Kantz/pxabay.com

ten natürlich auch Pflanzen und Tieren zu schaffen. Sie sind zwar bedingt in der Lage, sich an Veränderungen anzupassen, durch Arealverschiebungen oder Verhaltensänderungen, aber dieser Anpassung sind Grenzen gesetzt und damit ist Biodiversität vom Klimawandel bedroht. Das ist besonders „unpraktisch“, weil auf der anderen Seite in-

„Mehr als die Hälfte des weltweiten Bruttosozialprodukts ist direkt oder indirekt von Leistungen der Natur abhängig.“

takte Natur genau das ist, was wir Menschen brauchen, um mit dem sich ändernden Klima zurechtzukommen. Vegetation bietet uns Schatten, Verdunstungskühlung, Wasserspeicherung und Schutz vor Fluten. Alles Leistungen, die wir in Zukunft dringender brauchen denn je. Und obendrein sind in intakten Ökosystemen riesige Mengen Kohlenstoff gespeichert. Zerstören wir sie, werden diese Mengen frei und treiben den Klimawandel zusätzlich an.

Ist es angesichts der sich aufgrund der Klimaerwärmung rapide wandelnden natürlichen Rahmenbedingungen überhaupt sinnvoll, natürliche Gleichgewichte bewahren zu wollen?



Frauke Fischer,
Hilke Oberhansberg
Wal macht Wetter
Warum die biologische Vielfalt
unser Klima schützt
oekom, März 2023
208 Seiten, 24.00 Euro
978-3-96238-419-7



Frauke Fischer,
Hilke Oberhansberg
**Was hat die Mücke
je für uns getan?**
Endlich verstehen, was biologische
Vielfalt für unser Leben bedeutet
oekom, Oktober 2020
224 Seiten, 20.00 Euro
978-3-96238-209-4



Aus Sicht des Menschen auf jeden Fall. Die Natur wird auch unter neuen klimatischen Bedingungen irgendwann wieder in ein Gleichgewicht finden. Nur für uns Menschen wird dieses Gleichgewicht keine angenehmen, vermutlich sogar unerträgliche Lebensbedingungen bieten. Wenn wir es ernst meinen und endlich anfangen, haben wir momentan noch eine Chance, mithilfe der Leistungen der Natur und der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft die Klimaveränderung auf ein Maß zu begrenzen, dass auch den kommenden Generationen ein Leben auf der Erde möglich macht. Diese Chance aufzugeben, wäre für den Menschen fatal.

Frau Dr. Oberhansberg, Frau Dr. Fischer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Foto: mikkelwesjdemann/pixabay.com



Foto: Larisa Koshkina/pixabay.com

NATURSCHUTZPOLITIK

„Es fehlt der politische Wille“

Nach langen Verhandlungen einigten sich im Dezember 2023 rund 200 Staaten im kanadischen Montreal darauf, bis 2030 mindestens 30 % der weltweiten Land- und Meeresflächen unter Schutz zu stellen, den Pestizideinsatz zu halbieren und mehr Geld für den Erhalt der Artenvielfalt auszugeben. Was ist davon zu halten?

Interview mit Magnus Wessel

ÖkologiePolitik: Herr Wessel, wie lief im Dezember die Welt-Artenschutzkonferenz in Montreal?

Magnus Wessel: Es ergibt sich ein gemischtes Bild, aber die Bewertung ist vor allem eine Frage der Erwartungshaltung. In der medialen Berichterstattung wird gern das quasi-hierarchische Bild gemalt, die UN sei der König, der seine Entscheidungen nun über die Nationalstaaten in die Praxis weitergeben muss, aber nichts ist weiter von der Wirklichkeit entfernt. Viele Ergebnisse der Konferenz sind wegweisend. Die eigentliche Arbeit fängt aber erst jetzt an. Klar ist: Die Konferenz hat dem internationalen Schutz der biologischen Vielfalt weitere wichtige Facetten hinzugefügt. Jetzt geht es an die Umsetzung – und die dürfte deutlich schwieriger werden.



Magnus Wessel

Jahrgang 1975, studierte Physische Geografie, Verwaltungsrecht und Geobotanik. Anschließend war er als Berater für die UN-Wüstenkonvention (UNCCD) sowie als Referent bei der Deutschen Wildtierstiftung und beim NABU tätig. Beim BUND ist er seit den 1980er-Jahren aktiv, zunächst ehrenamtlich, seit 2012 beruflich, seit 2013 als Leiter Naturschutzpolitik und -koordination.
magnus.wessel@bund.net

Wie zufrieden sind Sie mit den Ergebnissen?

Internationale Konferenzen haben immer viel Licht und viel Schatten. Ein wichtiges Ziel der neuen Vereinbarung ist es, mindestens 30 % der weltweiten Land- und Meeresfläche

bis 2030 unter wirksamen Schutz zu stellen. Das neue Abkommen stärkt dabei auch die Rechte der indigenen und lokalen Gemeinschaften. Geschädigte Ökosysteme sollen auf mindestens 30% ihrer Fläche wiederhergestellt, die Risiken durch Pestizide und Düngemittel bis 2030 halbiert, naturschädliche Subventionen schrittweise abgebaut werden. Länder des globalen Südens sollen bei der Umsetzung der neuen Vereinbarung bis 2025 jährlich mit 20 Mrd. und bis 2030 mit jährlich 30 Mrd. US-Dollar unterstützt werden. Doch die Verursacher der Biodiversitätskrise im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie in Wirtschafts- und Finanzsektoren werden in der neuen Vereinbarung viel zu wenig in die Pflicht genommen. So müssen z. B. Unternehmen auch künftig weder messen noch veröffentlichen, welchen Einfluss auf die Natur ihre Produktion und Lieferketten haben. Positiv ist auf jeden Fall die stärkere Verankerung von Menschenrechten insbesondere für Indigene in den Zielen. Und die ressortübergreifende Beauftragung zur Umsetzung: der sogenannte „Whole-of-Government Approach“ (WGA). Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist nun mal kein Job der Naturschutzverbände oder des Bundesumweltministeriums, sondern ein Job aller. Ob diese

„Es fehlt an Absicherung der Umsetzung und Überprüfung der Wirkung von Maßnahmen.“

Ziele trotz Schattenseiten des Abkommens ausreichen werden, ist die spannende Frage. Es fehlt an Absicherung der Umsetzung und Überprüfung der Wirkung von Maßnahmen.

Wie sieht es mit der Finanzierung aus?

Die besteht weitgehend aus Ersatzzahlungen für erfolgte Naturzerstörung und eher winzigen Summen im Vergleich zur Notwen-

digkeit oder gar im Vergleich zu den wirtschaftlichen Leistungen, die erholte Natur liefert. Allein die durch Naturschutz ermöglichten Bestäuberleistungen weltweit sind vielfach höher als die aktuellen Finanzausgaben. Und leider wird unter dem Mantel „naturbasierter Lösungen“ eben nicht nur natürlicher Klimaschutz und durch Naturschutz gesteigerte Ökosystemleistungen verstanden, sondern oftmals nur ein Weg, um mit der aktuellen, nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise weiter zu arbeiten.

Sind die Ziele bis 2030 wirklich erreichbar?

Es wird ernsthaftere Anstrengungen brauchen als bislang.

Haben die Vereinbarungen eine Auswirkung auf die deutsche Naturschutzpolitik?

Das bleibt zu hoffen. Zeitgleich zu den Verhandlungen in Montreal laufen auf EU-Ebene die Vorbereitungen für das kommende „Nature Restoration Law“, das einen Teil der Ziele von Montreal rechtsverbindlich für die Mitgliedsstaaten fassen soll. Und in Deutschland wird zurzeit die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ (NBS) überarbeitet. Teil der Arbeiten wird dann auch ein „Aktionsplan Schutzgebiete“ der Bundesregierung – eine Forderung, die die Naturschutzverbände schon vor 3 Jahren erhoben haben. Die Umsetzung des 30%-Ziels für die Schutzgebiete wird in all dem eine zentrale Rolle spielen. Wir erhoffen auch Rückenwind für die nötigen Artenhilfsprogramme sowie zur Pestizid- und Düngemittelreduktion in der Landwirtschaft. Wie wir aber an der aktuellen Debatte um die Beschleunigung von Planung und Genehmigung von Infrastrukturbau sehen, bleibt die Tagespolitik zurzeit noch sehr unbeeindruckt von den neuen Zielen und arbeitet stattdessen eher am Abbau von bewährten Standards für den Schutz der biologischen Vielfalt z. B. bei der Umweltverträglichkeitsprüfung und bei der Kompensation von Schäden an der Natur durch Infrastruktur.

Wie sieht denn überhaupt die Situation auf EU- und deutscher Ebene aus?

Der „State of Nature Report“ der EU ist da sehr deutlich: „Gut“ ist der Erhaltungszustand von nur 14% der geschützten Lebensräume. Die Lebensräume von Bestäubern weisen einen schlechteren Erhaltungszustand und schlechtere Trends auf als andere Lebensräume. Der Bestandszustand von weniger als der Hälfte der Vogelarten im Schutz der EU-Vogelschutzrichtlinie ist „gut“; die wenigsten Verbesserungstendenzen gibt es bei Vögeln auf dem Ackerland. Der Blick auf

„Die durch Naturschutz ermöglichten Bestäuberleistungen sind vielfach höher als die aktuellen Finanzausgaben.“

die Schutzgebietsfläche zeigt: Das europäische Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 bedeckt 18% der Landfläche und 10% der Meeresgewässer in der EU. Nimmt man die nationalen Schutzgebiete dazu, steht zumindest auf dem Papier Deutschland besser da. Auch der BUND geht davon aus, dass formal die 30% Schutzgebiete erreicht sind – von „gut gemanagt“ und „dauerhaft gesichert“ sind wir aber noch weit entfernt. Ein Beispiel: Gesichert fischereifreie Meeresfläche gibt es gerade mal 0,6%. Am besten stehen noch die Nationalparks da. Wegen des fehlenden Managements der Natura-2000-Gebiete steht Deutschland kurz vor einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof. Von fehlendem Biotopverbund und dem weit

hinter den Möglichkeiten zurückbleibenden Naturschutz in Landschaftsschutzgebieten ganz zu schweigen.

Welches sind denn die drei größten Probleme beim Artenschutz? Und wie könnten sie behoben werden?

Industrialisierte Landwirtschaft, Zerschneidung und Verstädterung sind die größten Belastungen für Lebensräume und Arten, gefolgt von Umweltverschmutzung unter anderem durch Pestizide, Überdüngung und Mikroplastik. Behoben werden können sie nur durch ein intensives Umsteuern bei den



politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Agrarwende, Energiewende, Mobilitätswende und Rohstoffwende sind die Stichworte für die großen Zukunftsaufgaben, die jetzt naturverträglich und schnell umgesetzt werden müssen, um die Treiber der Bedrohung unserer Arten zu reduzieren. Und es braucht ein zukunftsfähiges Nutzungskonzept für unseren Planeten: Auch in der perfektesten sozial-ökologisch transformierten Welt werden wir Menschen Lebewesen bleiben, die durch ihr Handeln Lebensräume verändern und in Populationen eingreifen.

Welches sind die drei größten Bremsen beim Artenschutz?

Eigentlich gibt es vor allem einen, der aber gravierende Folgen hat: fehlender politischer Wille, die bestehenden Möglichkeiten zum Artenschutz effektiv zu nutzen. Seit Jahrzehnten fehlt Personal für den Vollzug bestehender Gesetze. Die mangelhafte Ausgestaltung der Landwirtschafts-, Verkehrs- und

zung jeden Hektars ist ungebrochen. Ohne Fläche aber kein Artenschutz.

Welchen Einfluss hat die Klimakrise auf die Artenvielfalt?

Die Geschwindigkeit der aktuellen Klimakrise ist außerordentlich hoch. Im Vergleich zu früheren Temperaturveränderungen ist eine Anpassung der Natur deutlich erschwert, weil die Landschaft inzwischen vom Menschen intensiv genutzt, umgestaltet

„Die beste Versicherung gegen die Folgen des Klimawandels ist eine hohe natürliche Vielfalt an Arten und Lebensräumen.“

und zerschnitten wurde. Außerdem treffen die Folgen der aktuellen Klimakrise die Natur in einer Situation, in der eine große Zahl der Arten und Lebensräume – auch ohne Klimakrise – durch menschliche Lebensweisen bedroht und selten geworden ist. Zugleich bedrohen vermeintliche Klimaschutzmaßnahmen wie der Ausbau der Wasserkraftnutzung die letzten naturnahen Flüsse oder Agrosprit- und Maisanbau für Biogasanlagen die letzten Reste der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft. Durch die Folgen der



BUND
**Renaturierung von Ökosystemen:
Gewinn für Natur, Klima & Mensch**
Forderungen des BUND zum
EU-Renaturierungsgesetz
Januar 2023
www.t1p.de/bx0kd

BUND
Handbuch Biotopverbund Deutschland
Vom Konzept bis zur Umsetzung einer
Grünen Infrastruktur
April 2018
www.t1p.de/gfppz

Städtebaupolitik sowie die Lücken in der Finanzierung sind in einem der reichsten Länder der Welt hausgemachte Probleme einer Politik, die Artenschutz gern zum Schreckgespenst „Entwicklungsbremse“ hochstilisiert. „Essenziell wird die Frage nach dem Zugriff auf Fläche. Das Konkurrieren um die Nut-

Klimakrise sind nach Berechnungen des Bundesamtes für Naturschutz rund 30% der in Deutschland vorkommenden Tier- und Pflanzenarten bis zum Ende dieses Jahrhunderts vom Aussterben bedroht. Fakt ist, dass schon jetzt Veränderungen von Pflanzen- und Tierwelt festzustellen sind, die zu einem hohen Grad auf die Klimakrise zurückgehen. Es deutet sich bereits an, dass die in Jahrtausenden entwickelten Funktionsbeziehungen, z. B. Nahrungsbeziehungen, und ganze ökologische Systeme „durcheinanderkommen“ können. Da eine Erwärmung nicht mehr aufzuhalten ist und wir nur noch die Höhe der Erwärmung beeinflussen können, müssen wir uns jetzt mit den Auswirkungen auf die Natur beschäftigen und davon ableiten, was das für den Artenschutz bedeutet.

Da die fortschreitende Klimaerwärmung die natürlichen Rahmenbedingungen massiv ändert: Ist es da überhaupt sinnvoll, Artenschutz zu betreiben?

Natürlich. Der Verlust durch die Intensivierung der Landnutzung und der Raubbau an der Natur schreitet weltweit so schnell voran, dass nur effektiver und konsequenter Artenschutz genügend Raum für die Populationen lässt, um auf die Folgen der Klimakrise reagieren zu können. Denn je intakter die Natur, desto flexibler und dynamischer kann sie auf Änderungen reagieren. Und desto besser kann sie die negativen Folgen der Klimaveränderung abpuffern – auch zum Nutzen des Menschen. Die beste Versicherung gegen die Folgen des Klimawandels ist eine hohe natürliche Vielfalt an Arten und Lebensräumen, auf die der Mensch angesichts zunehmender Katastrophen mehr denn je angewiesen ist.

Sollte der Artenschutz dem Klimaschutz untergeordnet werden?

Nein. Das Existenzrecht von Arten ist aus meiner Sicht nicht verhandelbar und auch der internationale Rechtsrahmen bestärkt

dies deutlich. Und es darf nicht vergessen werden: Artenschutz durch Renaturierung und Erhalt von Biotopen ist eine unverzichtbare Säule des Klimaschutzes, denn intakte Lebensräume wie Moore oder Wälder, aber



Foto: Alexas Fotos/pixabay.com

auch ökologisch genutzte Naturräume können mehr Kohlenstoff speichern als nicht mehr funktionsfähige Lebensräume oder Intensivlandwirtschaftsgebiete. Zudem geben schwindende Moore und Feuchtgebiete

„Es gilt, Klimaschutz und Naturschutz in einer Gesamtstrategie zusammenzubringen.“

klimawirksame Gase ab und leisten so der Klimakrise Vorschub. Es gilt, Klimaschutz und Naturschutz in einer Gesamtstrategie zusammenzubringen. Wir hoffen, dass das zukünftige „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) der Bundesregierung hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten kann. Dazu gehört auch die aktive Beschränkung von grauer Infrastruktur zugunsten grüner Infrastruktur wie dem Biotopverbund.

Herr Wessel, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

MOBILFUNKSTRAHLUNG

„Je näher am Mast, desto weniger Insekten“

Bis zu 2 % der deutschen Bevölkerung sind elektrohypersensibel. Sie leiden bei Mobilfunkstrahlung unter Kopfschmerzen und Schlafstörungen. Forschung dazu gibt es kaum. Die Langzeitfolgen für die menschliche Gesundheit sind unklar. Noch unklarer sind die Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung auf die Tierwelt.

Interview mit Peter Hensinger

ÖkologiePolitik: Herr Hensinger, gibt es einen Zusammenhang zwischen Mobilfunkstrahlung und Artensterben?

Peter Hensinger: Es deutet viel darauf hin. Vor ein paar Monaten erschien wieder einmal eine wissenschaftliche Studie, eine Meta-Studie, die 127 Studien auswertete. Sie kommt zum Ergebnis, dass ein Zusammenhang zwi-

schen Insektensterben und Mobilfunk sehr wahrscheinlich ist. Denn Mobilfunkstrahlung wirkt sich negativ auf die Körperfunktionen, die Orientierung, die Nahrungssuche und die Fortpflanzung aus. Sie schädigt die DNA, erzeugt Zellstress und verändert das Verhalten. Die Studie wurde im Auftrag des Schweizer Bundesamts für Umwelt von Wissenschaftlern der Universität Neuchâtel erstellt und von ihm veröffentlicht.

Wie wurde bei den Untersuchungen vorgegangen?

Es gab vor allem Versuche im Labor. Aussagekräftige Feldversuche gibt es noch zu wenige. Aber der fehlende endgültige Nachweis einer Wirkung beweist ja nicht, dass die Wirkung nicht da ist. Das

„Mobilfunkstrahlung schwächt die Insekten und macht sie anfälliger für Krankheiten.“

Peter Hensinger

Jahrgang 1948, studierte Germanistik, Linguistik und Pädagogik, erlernte den Beruf des Druckers, übte ihn aus, wechselte in die Psychiatrie und war dort 20 Jahre als Gruppenleiter tätig. Bei der Verbraucherschutzorganisation „Diagnose-Funk“ ist er seit 2009 Vorstandsmitglied und Leiter des Bereichs „Wissenschaft“, beim BUND war er lange Vorstandsmitglied im Kreisverband Stuttgart.
peter.hensinger@diagnose-funk.de



Diagnose-Funk
Studie des Schweizer Bundesamtes für Umwelt hält den Zusammenhang von Mobilfunk und Insektensterben für wahrscheinlich
Forschungsüberblick „Wirkung von nichtionisierender Strahlung auf Arthropoden“
24.01.2023
www.diagnose-funk.org/1938

betont die Schweizer Studie und fordert deshalb dringend weitere Feldstudien. Da unterscheidet sich die Schweiz von deutschen Behörden, für die Nicht-Wissen bzw. Noch-Nicht-Wissen ein ausreichender Grund für Entwarnung und Untätigkeit ist. Dabei kann von Nicht-Wissen eigentlich kaum die Rede sein, denn es gibt Hunderte Studien, die auf die negativen Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung hinweisen. Auf unserer Online-Datenbank emfdata.org ist dies dokumentiert. Dennoch das Vorsorgeprinzip so zu missachten, ist grob fahrlässig.

Wie hoch war die Strahlungsintensität im Labor? Höher als durchschnittlich vorhanden?

Die negativen Auswirkungen wurden bereits bei Strahlungsintensitäten festgestellt, die unterhalb von denen lagen, die die „Internationale Kommission für den Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung“ (ICNIRP) als Schwellenwerte für Schädigungen von Organismen festgelegt hat.

Es herrscht hier also eigentlich ein hoher Handlungsbedarf?

Ja. Insekten sind enorm wichtig: für das Bestäuben und als Nahrung für andere Tierarten, vor allem Vögel. Auch wenn die Mobilfunkstrahlung die Insekten nicht gleich alle umbringt oder unfruchtbar macht – sie schwächt sie und macht sie anfälliger für Krankheiten. Insekten sind ja neben der Mobilfunkstrahlung auch noch Pflan-

zenschutzmitteln und einer Vielzahl anderer Gifte ausgesetzt. Deren Wirkungen können sich gegenseitig beeinflussen und verstärken. Und das kann dann in der Summe tatsächlich zu einem dramatischen Rückgang bis hin zum Aussterben diverser Arten führen.



Was sollte getan werden?

Erstens sollten die Lebensräume der Insekten vor Mobilfunkstrahlung so weit wie möglich geschützt sein. Zwei aktuelle Feldstudien afrikanischer Wissenschaftler weisen nach: Je näher am Mast, desto weniger Insekten.

„Keine neuen Mobilfunkmasten! Vor allem nicht in Naturschutzgebieten und Wäldern!“

Also: Keine neuen Mobilfunkmasten! Vor allem nicht in Naturschutzgebieten und Wäldern! Zweitens muss die Forschung über die gesundheitlichen Auswirkungen der Mobilfunkstrahlung deutlich intensiviert werden. Und selbstverständlich nicht nur zu den Auswirkungen auf Insekten, sondern auch zu den Auswirkungen auf uns Menschen.

Herr Hensinger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Prof. Dr. Klaus Buchner,
Dr. med. Monika Krout
5G-Wahn(sinn)
Die Risiken des Mobilfunks
Mankau, Mai 2021
255 Seiten, 16,95 Euro
978-3-86374-608-7



ARTENSCHUTZ-VOLKSBEGEHREN

„Das richtige Werkzeug“

Das 2018 von der ÖDP Bayern initiierte Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ war das erfolgreichste in der bayerischen Geschichte. Im Februar 2019 unterschrieben es 18,3 % der wahlberechtigten bayerischen Bürger. Ministerpräsident Markus Söder erklärte daraufhin, den Gesetzentwurf zu übernehmen.

Interview mit Tobias Ruff

ÖkologiePolitik: Herr Ruff, warum haben Sie und Ihre Mitstreiter vor 5 Jahren das Volksbegehren eigentlich initiiert? Gab es dafür einen konkreten Anlass?

Tobias Ruff: Kernanliegen der ÖDP war immer, die Lebensgrundlagen auf der Erde zu bewahren. Die gegenwärtig größten Bedrohungen sind der menschengemachte Klimawandel und das Verschwinden Tausender Tier- und Pflanzenarten in nie da gewesener Geschwindigkeit. Hinzu kommt, dass wir in der ÖDP nicht nur das Problem erkannt und angesprochen haben, sondern mit unserer Expertise in direkter Demokratie auch das richtige Werkzeug haben, um hier entscheidend etwas zu verändern.

Welches sind die wichtigsten Maßnahmen zur Rettung der Artenvielfalt in Bayern? Und anderswo?

Hauptursachen für das Artensterben in Bayern sind die Zerstörung von Lebensräumen, die großflächige Anwendung von Pestiziden und der massive Einsatz von Düngemitteln. Unser Volksbegehren adressiert alle drei Ursachen. Wir haben erreicht, dass bestimmte Landschaftsbestandteile unter Schutz gestellt werden und ein Biotopverbund aufgebaut werden muss. Die Ökologische Landwirtschaft muss bis 2030 einen Anteil von

„Hauptursachen für das Artensterben in Bayern sind die Zerstörung von Lebensräumen sowie der massive Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln.“

30 % erreichen. Dadurch geht der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden deutlich zurück. An Gewässern muss ein Randstreifen frei von Ackerbau bleiben. Dadurch gelangen weit weniger Sedimente, Düngemittel und Gifte in unsere Bäche und Flüsse. Daneben wurden eine Reihe kleiner, aber in der Summe sehr

Tobias Ruff

Jahrgang 1976, studierte Forstwirtschaft, arbeitete zunächst als Fischbiologe an der TU München und ist seit 2006 als Gewässerbiologe zunächst beim Bezirk Schwaben, dann beim Bezirk Oberbayern tätig. Seit 1995 ist er ÖDP-Mitglied, seit 2010 Stadtrat in München und seit 2022 zusammen mit Agnes Becker Landesvorsitzender des ÖDP-Landesverbands Bayern. 2018 gehörte er zu den Initiatoren des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“.

tobias.ruff@oedp-bayern.de



wirksamer Maßnahmen beschlossen: z. B. ein Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft, ein Verbot von Himmelsstrahlern sowie spätere Mahd- und Walztermine auf vielen Flächen.

Wie sieht es denn heute in Bayern mit der politischen Umsetzung aus?

Das Urteil fällt gemischt aus. Am meisten freue ich mich über die vielen neuen Blühwiesen an den Ortseingängen. Sie sind Zeichen eines Bewusstseinswandels in der Bevölkerung. Bei den Gewässerrandstreifen hat es eine Weile gedauert. Aber nun sind sie umgesetzt. Hier hat das Volksbegehren gewirkt, auch weil in den Wasserwirtschaftsverwaltungen die Bedeutung von Gewässerrandstreifen schon vorher bekannt war. Enttäuschend ist bisher der schleppende Ausbau des Biolandbaus. Mit der bisherigen Geschwindigkeit sind die durch das Volksbegehren gesteckten Ziele nicht zu erreichen.

Entscheidend wird sein, dass der Markt für Bioprodukte wächst, damit noch mehr Landwirte einen Anreiz haben umzusteigen. Deshalb sollte es eigentlich auch selbstverständlich sein, dass der Freistaat Bayern in seinen Kantinen und Schulmensen auf Bioprodukte

„Auch wenn wir mit den Volksbegehren einiges erreicht haben, das Artensterben ist nicht gestoppt.“

umsteigt. Ein kräftiges Symbol wäre auch, wenn die Staatsbrauereien Weihenstephan und Hofbräu auf biologische Produktion umstellen würden.

Hat das bayerische Volksbegehren auch außerhalb Bayerns Wirkung entfaltet?

Volksbegehren in Bayern haben stets im Rest Deutschlands Nachahmer gefunden. Das war beim Volksbegehren „Nichtraucher-



schutz“ so und gilt für „Rettet die Bienen“ aufgrund seiner riesigen Unterstützung in der Bevölkerung erst recht. In Baden-Württemberg wurde ein Volksbegehren gestartet, welches dann von der Regierung übernommen wurde. In anderen Bundesländern musste der Umweg über direkte Demokratie



Bayerisches Volksbegehren
Artenvielfalt – Rettet die Bienen!
www.volksbegehren-artenvielfalt.de

Europäische Bürgerinitiative
Bienen und Bauern retten!
www.savebeesandfarmers.eu/deu

terstützt werden wir dabei von Aussagen aus den großen Naturschutzverbänden, die sich eine stärkere ÖDP wünschen. Dort ist man regelrecht entsetzt darüber, dass mit dem neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der Artenschutz praktisch bedeutungslos geworden ist. Für uns als ÖDP ist aber beides – Artenschutz und Klimaschutz – unverhandelbar.

Herr Ruff, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Foto Käfer: Hans/pixabay.com



nicht gegangen werden. Ich bin sogar überzeugt, dass die Verhandlungen der Bundesregierung zum Artenschutzabkommen von Montreal ohne unser Volksbegehren weit weniger engagiert ausgefallen wären.

Die Artenvielfalt ist für die ÖDP Bayern auch wieder ein zentrales Thema für den Wahlkampf zur Landtagswahl am 8. Oktober. Warum?

Auch wenn wir mit den Volksbegehren einiges erreicht haben, das Artensterben ist nicht gestoppt. Wir wollen deshalb unbedingt auf unsere bisherigen Erfolge aufbauen und den Artenschutz in den Landtag bringen. Un-

KULTURGESCHICHTE

„Verantwortung für das Haus der Schöpfung“



Macht euch die Erde untertan! So lautet im Alten Testament der Auftrag an den Menschen. Hat also die Religion die Umweltzerstörung verursacht? Oder ist die Umweltzerstörung mehr die Folge nachlassender Religiosität? Oder missverständener? Ein Theologe hat sich mit diesen Fragen intensiv beschäftigt.

Interview mit Prof. Dr. Markus Vogt

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Vogt, ist die Umweltkrise auch die Folge einer spirituellen Krise?

Prof. Dr. Markus Vogt: Ja, die Umweltkrise hat auch eine spirituelle Dimension, sie hat zu tun mit einer verfehlten Haltung zu unseren Mitgeschöpfen und zu uns selbst. Wir sind fixiert auf das Lebensmodell des „Schneller,

zur „letzten Gelegenheit“ und wir fühlen uns unter Druck, durch maximalen Konsum und Erlebnissteigerungen alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Das Ergebnis ist, dass wir uns ständig gehetzt fühlen und echte Resonanzbeziehungen zur Natur sowie zu unseren Mitmenschen und Mitgeschöpfen eher selten werden. Es fehlt uns an einer Spiritualität der Genügsamkeit und der Fähigkeit zum Verzicht.

„Es fehlt uns an einer Spiritualität der Genügsamkeit und der Fähigkeit zum Verzicht.“

Höher, Weiter“, das auf Dauer nicht vereinbar ist mit den Grenzen der Natur. Wir hätten weitreichende technische Möglichkeiten und politische Beschlüsse, um die Klimakatastrophe und das Artensterben abzuwenden. Aber wir nutzen sie nicht, weil wir gefangen sind im Lebensmodell der expansiven Zivilisation. Aufgrund des weitgehenden Verlustes der Dimension von Transzendenz wird das Leben

Prof. Dr. Markus Vogt

Jahrgang 1962, studierte katholische Theologie und Philosophie, promovierte über „Sozialdarwinismus“ und habilitierte über das „Prinzip Nachhaltigkeit“. Er arbeitete unter anderem im Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung mit und berät die Arbeitsgruppe für ökologische Fragen der Deutschen Bischofskonferenz. Seit 2007 ist er Professor für Christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.
www.t1p.de/6pvj6



Foto Erdkugel: Lightspring/shutterstock.com



Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.)
**Vom Wert der Vielfalt –
 Biodiversität als Bewährungsprobe
 der Schöpfungsverantwortung**
 Arbeitshilfen, Nr. 323, April 2021
www.t1p.de/y2gsd

Papst Franziskus
Laudato si'
 Enzyklika, Mai 2015
www.t1p.de/opbfk

Papst Franziskus
Evangelii Gaudium
 Apostolisches Schreiben, November 2013
www.t1p.de/zwb8o

Die monotheistischen Religionen entstanden alle in der Wüste. Fehlt der westlichen Kultur vielleicht deshalb ein Gespür für Artenvielfalt, Kreisläufe und Gleichgewichte?

Das ist durchaus eine interessante Idee, die man empirisch untersuchen sollte: Gehen polytheistische Gesellschaften schonender mit der Artenvielfalt um? Ich habe allerdings Zweifel, ob das so generell zutrifft. China hat beispielsweise schon im Mittelalter ganz viele Arten aussterben lassen. Es gibt Phasen der christlichen Kultur mit einer unbändigen Freude an der Schönheit und Vielfalt der Natur, die z. B. in der christlichen Kunst einen einmaligen Ausdruck gefunden hat. Das schließt nicht aus, dass wir heute von indigenen Traditionen – z. B. in Lateinamerika,

Afrika oder Australien – viel lernen könnten hinsichtlich des Gespürs für Artenvielfalt, Kreisläufe und Gleichgewichte. Entscheidend ist es, dieses Gespür als integralen Bestandteil eines „guten Lebens“ zu verstehen.

Hat der Auftrag „Macht euch die Erde untertan!“ zur Ausbeutung und Zerstörung unseres Planeten beigetragen? Oder diese sogar maßgeblich verursacht?

Im biblischen Urtext ist der Auftrag „Macht euch die Erde untertan!“ ein Verantwortungsauftrag: Er steht im Kontext der Gottebenbildlichkeit des Menschen und besagt folglich, dass der Mensch so wie Gott

**„Im biblischen Urtext ist
 ‚Macht euch die Erde untertan!‘
 ein Verantwortungsauftrag.“**

ein guter, wohlwollender Herrscher über die Natur sein soll. Allerdings ist der Vers bereits in der Antike – z. B. beim Kirchenvater Hieronymus – imperial im Sinne einer Unterwerfungsmotivität interpretiert worden. Insbesondere in der Neuzeit wurde er als Legitimation für die Ausbeutung der Natur als bloßes Warenlager für menschliche Zwecke missbraucht. Wirkungsgeschichtlich wurde der biblische Herrschaftsauftrag so zu einer kulturgeschichtlichen Wurzel der modernen Naturzerstörung.

Wie begründet die heutige Theologie den Auftrag, die Schöpfung zu bewahren?

Der Herrschaftsauftrag wird im ursprünglichen Sinne wiederentdeckt als Auftrag, verantwortungsvoll für das „Haus der Schöpfung“ zu sorgen. So z. B. im Untertitel der Enzyklika *Laudato si'*: „Sorge für das gemeinsame Haus“. Ein wichtiger Topos ist auch die Gemeinwohlpflichtigkeit der Güter der Schöpfung, von der bereits Thomas von Aquin vor 700 Jahren gesprochen hat und der heute z. B. auf das Klima oder die Biodiversität angewendet wird. Diese sind Kollektivgüter, die genutzt, aber nicht zerstört werden dürfen und hinsichtlich derer alle Menschen, einschließlich der kommenden Generationen, einen Rechtsanspruch auf gerechte Teilhabe haben.

Welche psychologische bzw. existenzielle Bedeutung hat die Unterscheidung zwischen Schöpfer und Schöpfung?

Als Schöpfung verweist die Natur auf den Schöpfer, sie ist nicht selbst unendlich, sondern hat Anfang und Ende, hat einen Ursprung, dem sie sich verdankt, und eine Zukunft, in der alle Ereignisse geborgen sind. Möglicherweise war das Bedürfnis der Dankbarkeit für die unglaubliche Schönheit und Fülle der Gaben der Schöpfung einschließlich unseres eigenen Lebens ein Ursprung für die Entstehung des Gottesglaubens: Es gibt das psychologische Bedürfnis nach einem Adressaten für das tiefe Gefühl der Dankbar-

keit dafür, dass es die Welt gibt. Ich glaube, dass jeder Mensch, ob gläubig oder nicht, dieses Gefühl der Dankbarkeit nachempfinden kann. Im Glauben verbindet sich dieses Gefühl mit dem Lob des Schöpfers sowie mit der Achtung der Unverfügbarkeit der grundlegenden Güter und Strukturen der Schöpfung, für deren Erhalt wir gegenüber dem Schöpfer verantwortlich sind.

Lässt sich eine Ethik der Nachhaltigkeit und eine Kultur der Verantwortung auch ohne Religion begründen? Oder macht die Religion den entscheidenden Unterschied?

Vor der 2015 veröffentlichten Enzyklika *Laudato si'* kam der Begriff der Nachhaltigkeit kein einziges Mal auf der Ebene der päpstlichen Lehrverkündigung vor. Die Kirche befindet sich hier also in einem verspäteten und nachholenden Lernprozess. Das schließt nicht aus, dass der christliche Glaube Wesentliches zur Entstehung des Konzeptes der

**„Ein wichtiger Topos ist die
 Gemeinwohlpflichtigkeit der
 Güter der Schöpfung.“**

Nachhaltigkeit beigetragen hat: Für Carl von Carlowitz, der den Begriff der Nachhaltigkeit 1713 „erfunden“ hat, war der Gottesglaube eine unverzichtbare Dimension: Nachhaltigkeit ist für ihn kein statisches Modell, sondern



zielt darauf, die schaffende, göttliche Kraft der Natur zu fördern. Der Weltrat der Kirchen hat 1974 als erste globale Institution ein Programm für Nachhaltigkeit aufgelegt. Das Zusammendenken von Gerechtigkeit, Umweltschutz und Frieden, das die Dokumente der UN-Konferenz von Rio de Janeiro, die als

„Es gibt das Bedürfnis nach einem Adressaten für das tiefe Gefühl der Dankbarkeit dafür, dass es die Welt gibt.“

Durchbruch der Nachhaltigkeitspolitik gelten, wurde bis in viele wörtliche Übereinstimmungen hinein in den 1980er-Jahren in den Texten des Konziliaren Prozesses der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung vorformuliert. Das Denken in Beziehungszusammenhängen und das Konzept einer ganzheitlichen Entwick-



Markus Vogt
Christliche Umweltethik
 Grundlagen und zentrale Herausforderungen
 Herder, Februar 2021
 748 Seiten, 48,00 Euro
 978-3-451-39110-1



Markus Vogt
Ethik des Wissens
 Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft in Zeiten des Klimawandels
 oekom, Oktober 2019
 100 Seiten, 12,00 Euro
 978-3-96238-163-9



lung, die die christliche Theologie und die katholischen Soziallehre prägen, sind wichtige Impulsgeber für Nachhaltigkeit. Aber die Kirchen müssen lernen, ihre ethischen und spirituellen Impulse noch stärker in die Sprache und die Entscheidungsprobleme von Politik und Wirtschaft zu übersetzen. Wichtig ist die Theologie im Kontext des Konzeptes der

Nachhaltigkeit aus meiner Sicht vor allem als Bewusstsein der Transzendenz und des Unverfügbaren. Ohne dieses Bewusstsein wird der umfassende und bisweilen sogar sinnstiftende Anspruch der Nachhaltigkeit zu einer totalitären Ideologie.

Was ist die Aufgabe der Kirchen für eine ökologische Wende?

Die Aufgabe der Kirchen in der ökologischen Krise ist es, Quelle der Hoffnung zu sein angesichts der Verzweiflung und Resignation, die sich gerade bei der jungen Generation – Stichwort „Last Generation“ – breitmacht. Diese Hoffnung ist jedoch nicht glaubwürdig und nicht hilfreich, wenn sie lediglich auf einer Verdrängung der Fakten und Prognosen

losen Situation einen neuen Anfang schenken kann. Sie ist eine Hoffnung auf Gott, die ihn nicht als Legitimation für eigene Untätigkeit missbraucht, sondern als Ermutigung für eine

„Ohne das Bewusstsein der Transzendenz und des Unverfügbaren wird Nachhaltigkeit zu einer totalitären Ideologie.“

Umkehr zum Leben. Es ist Aufgabe der Kirche, „Leaderships für eine kulturelle Revolution“ hinsichtlich unserer Vorstellungen von Fortschritt und Entwicklung auszubilden – so



Foto: yanceycourtis/pixabay.com



Foto: Waszi/pixabay.com

beruht. Sie muss eine Hoffnung jenseits von Fortschrittsoptimismus sein, eine „durchkreuzte Hoffnung“, die auch um die Abgründe des Lebens und die Dimension des Scheiterns und der Machtkonflikte weiß, aber auch darum, dass Gott in einer scheinbar ausweg-

Papst Franziskus. Die Kirchen sind dann hilfreich, wenn sie die kulturelle Tiefendimension der nötigen ökosozialen Transformation zum Thema machen.

Herr Prof. Vogt, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

BUNDESVORSTAND

„Nachhaltig, ökologisch, und demokratisch“

Interview mit der ÖDP-Bundesvorsitzenden Charlotte Schmid



Foto: Fritz Pesch

ÖkologiePolitik: Welche politischen Themen sind Ihnen als Bundesvorsitzende der ÖDP besonders wichtig?

Charlotte Schmid: Die Doppel-Krise aus Klimawandel und Artensterben ist der Grund, warum ich überhaupt in die Politik gegangen bin. Deren Bewältigung ist und bleibt die Kernaufgabe der ÖDP – und auch mein wichtigstes Anliegen.

Demokratie, also die Herrschaft des Volkes, muss deutlich mehr sein als die Freiheit, alle paar Jahre Volksvertreterinnen und -vertreter zu wählen. Ich will echte Mitbestimmungsrechte ähnlich dem „Schweizer Modell“ voranbringen und die Macht finanz-

„Die Bevölkerung soll ein gutes, zufriedenes, gesundes Leben führen können.“

kräftiger Lobbyisten beschränken. Die ÖDP trägt nicht umsonst das Wort „Demokratisch“ in ihrem Namen!

Als Selbstständige ärgere auch ich mich über zu viele komplizierte Vorschriften und die Bürokratie. Einem verbreiteten, wenn gleich inzwischen widerlegten, Mythos zufolge sind über 80 % der Welt-Steuerliteratur auf Deutsch – ich will mich daher für eine deutliche Vereinfachung bürokratischer Verfahren einsetzen.

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich beschäftigt mich immer mehr. Ich will dazu beitragen, dass die breite Masse der Bevölkerung ein gutes, zufriedenes, gesundes Leben führen kann.

Wo sehen Sie Deutschlands größte Stärken?

In Deutschland engagieren sich 29 Millionen Menschen – das sind immerhin 40 % der über 14-Jährigen – ehrenamtlich. Sie leisten ungeheuer viel nicht nur in politischen Parteien wie der ÖDP, sondern auch im Sportverein, bei der Feuerwehr, im Naturschutz, im Gemeinderat usw.

Das „soziale Netz“ ist besser als in vielen anderen Ländern. Durch Förderungen wie dem Kurzarbeitergeld haben alle Seiten Vorteile: die Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz behalten können, und die Betriebe, die ihr Personal halten und so in besserer wirtschaftlicher Lage sofort durchstarten können.

Das duale System der Berufsausbildung gilt zu Recht weltweit als vorbildlich, weil hier in vielen technischen Bereichen sehr praxisnah gelehrt und gelernt wird.

Deutschland steht im internationalen Vergleich wirtschaftlich noch gut da und verfügt über eine extrem hohe Produktivität und eine starke Industrie. Dadurch ist Deutschland unabhängiger als andere Länder von der Zulieferung aus Ländern wie China. Ich weiß, es kommt etwas überraschend, dass die Bundesvorsitzende der ÖDP dies als Stärke

beschreibt. Ich betrachte aber diese aktuelle Lage als eine stabile und vielversprechende Basis für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation, die nach Auffassung der ÖDP für eine zukunftsweisende regionale Lebensweise mit kürzeren Lieferketten und Transportwegen notwendig ist.

Und wo hat Deutschland große Schwächen?

Als ich vor mehr als 20 Jahren nach Deutschland kam, hatte das Handwerk hier einen wesentlich höheren Stellenwert als heute. Das hat sich leider grundlegend geändert. Gleiches gilt für Pflegeberufe. Die Folge sind Personal- und Handwerker-mangel. Deutschland darf nicht ein Land der Betriebswirtschaftler werden, wo andere Kompetenzen als die Gewinnoptimierung als minderwertig gelten.

Das deutsche Schulsystem ist katastrophal. Kinder lernen in den normalen Schulen hauptsächlich, sich anzupassen. Werkzeuge und Wissen zur kreativen Problemlösung werden leider kaum vermittelt. In einer sich radikal verändernden digitalisierten Welt mit ganz neuen Jobs und vor allem in einer Welt, die unter den noch unbekannteren Folgen der Klima- und Artenkrise leidet, wird diese Kreativität aber wichtiger denn je sein.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Politik viel zu wenig auf dezentrale Entwicklungen gesetzt und den ländlichen Raum völlig vernachlässigt. Ein Beispiel dafür ist das

marode Schienennetz, die Bahn ist schließlich das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. In Deutschland werden nicht einmal 20 % der Güter mit der Bahn transportiert.

Entscheidend für die Innovationskraft sind die vielen kleinen oder mittleren Unternehmen, nicht die „großen“. Von den vielen Subventionen profitieren aber in erster Linie große Firmen und Konzerne, während innovative kleine Wettbewerber weitgehend leer ausgehen.

Ein Großteil unserer derzeitigen Probleme sind Folgen einer verfehlten Strukturpolitik: Wir haben in einigen Ballungszentren wie der Metropolregion München seit Jahren explodierende Immobilienpreise und sehr hohe, für immer mehr „normale“ Menschen unbezahlbare Mieten. Gleichzeitig bluten ganze Landstriche regelrecht aus, es wandern gerade Jüngere massiv ab, Wohnungen und Häuser stehen immer öfter leer, Bauernhöfe werden aufgegeben.

In Deutschland herrscht noch immer ein sehr konsumorientiertes Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität: Der dicke SUV vor der Tür, häufige Flugreisen, Skifahren auf künstlich beschneiten Hängen ... All das sollte längst der Vergangenheit angehören! Bei unserem Arbeits- und Freizeitverhalten muss der „ökologische Fußabdruck“ mit einer naturverträglicheren Lebensweise eine viel größere Rolle spielen. Wir müssen die



Foto: Silvia/photabay.com

Wirtschaft transformieren, damit sie ökologischer wird. Heute spielen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Naturgenüsse, wie Waldbaden und andere Naturerlebnisse, eine immer bedeutendere Rolle. Dieses Wohlstandsverständnis muss noch viel mehr durchdringen und damit die Verabschiedung der Konsumorientierung einleiten.

Und niemand darf die entsetzlich hohe CO₂-Bilanz der Deutschen vergessen: Mit 8,09 Tonnen pro Person und pro Jahr (Zahlen von 2021) sind wir Europameister in der Klimaschädigung. Noch dazu sinkt unser Flächenfraß viel zu langsam und wir kommen allmählich in eine Zeit, in der Wasserknappheit ein großes Thema wird. Das Artensterben wurde zwar in die Titel katapultiert, als „Rettet die Bienen“ in Bayern in aller Munde war, an der Gesamtlage hat sich aber nichts gebessert.

Welche Ziele wollen Sie als Bundesvorsitzende in den nächsten Jahren erreichen?

Die ÖDP hat ein herausragend gutes Programm, in dem sehr viel Herzblut steckt und das wir auf wissenschaftlicher Grundlage erarbeitet haben. Es ist – noch – viel zu wenig bekannt. Um es umzusetzen, sind gute Wahlergebnisse auf allen Ebenen nötig. Hierfür ist eine konzentrierte Stärkung der Kommunalpolitik und der aktiven Parteibasis notwendig. Jede Stimme für die ÖDP erhöht den Druck auf alle anderen Parteien, eine nachhaltigere und ehrlichere Politik zu betreiben.

Um unsere Ziele schneller zu erreichen, arbeitet der Bundesverband mit Hochdruck an strukturellen Verbesserungen. Überall und jeden Tag sieht man, wie unehrliche Politik das Vertrauen in die Demokratie unterhöhlt. Ich möchte dazu beitragen, dass die ÖDP für einen transparenten, besseren Weg bekannt wird!

Welche Bedeutung hat das Ökologische in der ÖDP?

Die ÖDP ist nicht nur vom Namen her, sondern auch Kraft ihres Grundsatzzprogramms die einzige ökologische Partei! Es geht nicht

„nur“ darum, Bienen zu retten, sondern darum, einen ganzheitlichen Blick zu bewahren: Wie funktioniert eine Welt, wenn es nach ökologischen Prinzipien laufen soll?

Wir in der ÖDP streben Konsequenz an. Mit Spendengeldern aus großen industriellen Unternehmen würden wir sicherlich viel für unsere Umwelt schaffen können, aber wir sind nichtsdestotrotz fest davon überzeugt, dass ungekaufte politische Entscheidungen

„Ein Großteil unserer derzeitigen Probleme sind Folgen einer verfehlten Strukturpolitik.“

ganz grundsätzlich sind für eine effektive ökologische Politik. Die Aussage, dass es ein ökologischer Gewinn ist, statt sechs Dörfern nur eines dem weiteren Braunkohleabbau zu opfern, ist für die ÖDP undenkbar – zumal laut Wissenschaftlern diese Kohle für die Versorgungssicherheit nicht benötigt wird.

Für die meisten Menschen ist es am einfachsten, die Ökologie im Sinne von Naturschutz zu verstehen. Und so kann man es natürlich auch ausdrücken! Unser Grundsatzzprogramm führt uns immer wieder zurück zu unseren Grundprinzipien, egal ob wir über Bildung, Wirtschaft, Verkehr oder Soziales reden. Wir haben immer den Schutz der Natur im Visier. Vor allem ist es wichtig, dass sich der Mensch nicht zu sehr von „der Natur“ abkoppelt: Wir sind ein Teil unserer Welt und ein Teil unserer Natur. Jede Naturzerstörung ist daher eine Selbstschädigung.

Das Wort „Ökologie“ hat aber etwas, was das Wort „Naturschutz“ nicht hat: Es geht um unsere Lebensgrundlagen, unser „Zuhause“ oder „oikos“. Das Konzept des Ökologischen steht daher im Mittelpunkt unseres gesamten Denkens und Tuns.

Frau Schmid, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

JÖ – JUNG.ÖKOLOGISCH

JÖ Unterfranken starten durch und unterstützen in Bremen



„Und da muss man extra aus Franken herkommen?“ – Dies war die erste Frage, die mir, Andrea Gilg, von einem Mann beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften auf einem Spazierweg in Bremen gestellt wurde. Für mich sehr verwunderlich, da ich ursprünglich aus dem südlichen Oberbayern komme und nach einem Jahr in Franken meinen Dialekt eigentlich nicht abgelegt habe. Aber der Herr in Bremen hatte recht: Die beiden jungen ÖDPlern, die ihn angesprochen hatten, um für den Wahlantritt der ÖDP eine Unterschrift zu erhalten, kamen tatsächlich aus Unterfranken, genauer gesagt aus Würzburg, um den noch sehr jungen Landesverband Bremen beim Sammeln zu unterstützen.

Im Mai stehen in Bremen die Bürgerchaftswahlen an, für welche allerdings, wie in vielen anderen Bundesländern auch, erst genug Unterschriften gesammelt werden müssen, damit die ÖDP überhaupt auf den Wahlzettel darf. Die ÖDP Bremen wurde erst vor zwei Jahren gegründet und zählt aktuell 13 Mitglieder. Diese sind sehr aktiv, jedoch ist das Sammeln von knapp 400 Unterschriften, wie sie für die Bremen-Wahl im Mai benötigt werden, für ein gutes Dutzend Mitglieder eine wahre Herausforderung. Daher kamen bereits im Dezember einige junge Parteimitglieder, um tatkräftig beim Sammeln zu unterstützen. Nachdem wir uns schon von einigen Partei-Aktivitäten wie dem Bundesparteitag in Würzburg und der JÖ-Fahrt ins Europaparlament in Brüssel persönlich kannten, beschlossen auch wir, Annelie Neubauer und ich, Anfang Februar aus Unterfranken anzureisen, um die Bremer ÖDP auf dem



Endspurt beim Unterschriften-Sammeln zu unterstützen. Auch Tim Liebing, ein Parteikollege aus Braunschweig, schloss sich an, und so sammelten wir das Wochenende vom 17. bis 19. Februar gemeinsam mit Kara Tober aus Bremen. Das Ergebnis waren einige Unterschriften und gute Gespräche mit sehr interessierten Bremern und Bremerinnen.

Wir wünschen der Bremer ÖDP viel Kraft und Erfolg für die anstehende Wahl wie auch für die weitere Arbeit im Landesverband und freuen uns sehr über weiteren guten Kontakt zu den motivierten und engagierten Bremer Parteikolleginnen und -kollegen.

Nun sind wir wieder zurück in Unterfranken. Bei uns steht zwar nicht so bald eine Wahl an, wie das in Bremen der Fall ist, jedoch haben auch wir Pläne für die nahe Zukunft. Nachdem wir inzwischen einige motivierte junge Mitglieder sind, möchten wir in den nächsten Monaten die JÖ Unterfranken gründen und dann auch mit vielen Aktionen starten. Es wird also nicht langweilig werden in der nächsten Zeit. Jetzt drücken wir aber erst mal alle Daumen für die Bremer ÖDP!

Kontakt: JÖ – jung.ökologisch
Marleen Berg und Tobias Raffelt, Bundesvorsitzende
info@j-oe.de, www.j-oe.de

LANDESVERBÄNDE

ÖDP Baden-Württemberg

AKW Neckarwestheim II endlich abschalten!

Eigentlich hätte das AKW Neckarwestheim II am 31. Dezember 2022 abgeschaltet werden sollen. Wegen der Gas- und Energiekrise darf es nun doch noch bis zum 15. April 2023 im sogenannten Streckbetrieb weiterlaufen. Namhafte Politikerinnen und Politiker von FDP und CDU fordern bereits eine weitere, langfristige Laufzeitverlängerung. Sie wollen den Atomausstieg doch noch kippen. Das darf nicht passieren! Daher macht die ÖDP Baden-Württemberg zusammen mit einem Bündnis Druck, dass am 15. April das AKW Neckarwestheim endlich abgeschaltet wird.

Über viele Jahre hinweg hat die ÖDP Baden-Württemberg mit oftmals starker Präsenz an den Fukushima-Jahrestagen teilgenommen und war auch bei weiteren Kundgebungen für den Atomausstieg und für eine

konsequente Energiewende aktiv. Zuletzt war das die große Demo zum AKW Neckarwestheim (6. November 2022). Nun steht der Anti-Atom-Frühling an: Zum Fukushima-Jahrestag (11. März 2023) findet wieder der Demonstrationszug vom Bahnhof Kirchheim (Neckar) zum Atomkraftwerk Neckarwestheim II statt. Und auch am 15. April wird es beim AKW Neckarwestheim II eine Kundgebung geben. Wir hoffen, dass es die letzte sein wird. Zeigen wir noch mal stark Flagge!

Kommunalwahl und Europawahl 2024

Im Jahr 2024 finden in Baden-Württemberg wieder Kommunalwahlen statt. Die ÖDP hat ihre größten Erfolge auf kommunaler Ebene errungen und macht dort gute Arbeit. Daher ist es wichtig, dass wir in möglichst vielen Gemeinden antreten und so viele Sitze wie möglich holen. In Gemeinden, in denen wir kommunalpolitisch aktiv sind, holen wir bei überregionalen Wahlen auch stets die besten Ergebnisse. Daher möchten wir Sie ermutigen, zur Kommunalwahl (wieder) anzutreten



Große Demo zum AKW Neckarwestheim

Foto: ÖDP Baden-Württemberg/Uli Stein

und vielleicht selbst eine (neue) Liste aufzustellen. Wenn Ihnen die Erfahrung oder ganz bestimmte Informationen fehlen, wenden Sie sich einfach an den Landesgeschäftsführer Uli Stein oder an den Regionalbeauftragten Matthias Dietrich. Wir helfen gerne weiter.

Sehr empfehlen können wir die Teilnahme an den Videokonferenzen, bei denen der erfahrene Bad Rappenauer Gemeinde- und Kreisrat Klaus Ries-Müller Tipps zum erfolgreichen Kommunalwahl-Antritt gibt. Bei diesen Videokonferenzen werden zum einen die wesentlichen Informationen für die Aufstellung einer Liste und zur Wahlvorbereitung vermittelt, zum anderen dienen sie dem Austausch von kommunalpolitisch erfahrenen Mitgliedern und solchen, die kommunalpolitisch einsteigen wollen.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg
 Uli Stein, Landesgeschäftsführer
 Tel.: 0711 6364644, info@oedp-bw.de
 Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
 Tel.: 07121 880104, matthias.dietrich@oedp-bw.de

ÖDP Bayern

Söder-Double beim Probe-Fracking gefilmt

Anti-Fracking-Protest beim Politischen Aschermittwoch: Ein von der ÖDP engagiertes Markus-Söder-Double simulierte vor der Passauer Dreiländerhalle Probebohrungen mit schwerem Gerät. Der Ministerpräsident will bekanntlich Erdgas durch das umstrittene Fracking aus tiefen Gesteinsschichten holen – mit gravierenden Gefahren für Grundwasser und Klima. Dagegen protestierten Aktive der bayerischen ÖDP. Ein ÖDP-Film mit einer ganz speziellen Klangcollage: Bayernhymne kontra Bohrgetöse – zu sehen auf www.oedp-bayern.de.

ÖDP Bayern unterstützt Spendenaufruf „Hilfe Greipl“

Prof. Dr. Egon Johannes Greipl (ÖDP), ehemaliger Generalkonservator des Freistaates



Beim Protest-„Probebohren“ vor der CSU-Halle (vorne, v. l.): ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker, Markus-Söder-Double mit unterstützendem „Bergbau-Ingenieur“ und ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold.

Foto: Lang/ÖDP

Bayern (1999–2013), ÖDP-Stadtrat in Passau von 2014 bis 2020, ist vom wirtschaftlichen Ruin bedroht. Der Freistaat Bayern fordert von ihm 450.000 Euro Schadenersatz für einen Vorgang während seiner Amtszeit als Bayerns oberster Denkmalpfleger. Damals hatte Prof. Greipl die fachliche Revision, die



Prof. Egon J. Greipl (ÖDP) sprach beim ÖDP-Landesparteitag 2015 über das Thema „Naturschutz und Denkmalschutz – zwei Seiten einer Medaille“.

Aktualisierung und Digitalisierung der Bayerischen Denkmalliste erfolgreich vorangetrieben, wie es das Denkmalschutzgesetz verlangte und wie es ein Erfordernis der staatlichen Denkmalpflege und ein Anliegen der Gesellschaft ist. Das konnte er nur mit jungen Mitarbeitern im Rahmen von Werkverträgen tun, da die Bayerische Staatsregierung die dafür normalerweise genutzten Planstellen massiv abgebaut hatte. Dabei hat er sich im Netz der unübersichtlichen Sozial- und Arbeitsgesetzgebung und -rechtsprechung verstrickt.

Der ehemalige bayerische Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier hat nun zusammen mit zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einen Spendenaufruf gestartet, damit Egon Greipl die Forderung des Freistaats beglichen kann. Die ÖDP-Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff schließen sich mit dem gesamten bayerischen Landesvorstand dem Aufruf vollumfänglich an und bitten auch alle ÖDP-Mitglieder, nach ihren

Möglichkeiten einen Beitrag zur wirtschaftlichen Rettung unseres Parteifreundes zu leisten.



Spenden Sie für die „Hilfe Greipl“!

Genossenschaftliche VR-Bank Passau e.G.
Sonderkonto Hilfe Greipl
IBAN: DE61 7409 0000 0000 7979 36

Natürlich würde Egon Greipl, könnte er das Rad der Zeit zurückdrehen, heute sozialversicherungsrechtlich richtig vorgehen und nicht mehr Werkverträge in Folge abschließen. Bei all dem stellt sich jedoch die Frage, inwiefern durch die Beschäftigung über Werkverträge dem Freistaat überhaupt ein Schaden entstanden sein soll. Schließlich hat Egon Greipl in keiner Weise für seine eigene Person gehandelt, sondern einen gesetzlichen Auftrag erfüllt, für den ihm der Staat die erforderlichen Mitarbeiter vorenthielt.

Kontakt: ÖDP Bayern
Urban Mangold, Presseanfragen/
Mandatsträgerbetreuung
Tel.: 0851 931131
urban.mangold@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

ÖDP Berlin

Wiederholungswahl in Berlin

Mit wenig Geld, aber viel Engagement und Idealismus sind wir in den winterlichen Wahlkampf gestartet – bewusst ohne Plakate, auch um der Umwelt Plastikmüll zu ersparen. Unsere Aktiven haben viele Kilometer durch Berlin zurückgelegt und knapp 20.000 Haushalte mit Flyern bestückt. Wir haben Radio- und Zeitungsinterviews gegeben und waren mit viel „orange“ auf der „Wir-haben-es satt“-



Foto: Kirsten Jäkel

Demo am Brandenburger Tor und auf einer Kundgebung am Alexanderplatz.

Die Hoffnung auf ein positives Ergebnis am 12. Februar hat sich dennoch nicht erfüllt. Nur 0,11 % der Stimmen für die ÖDP, das ist bitter. Frustrierend ist, dass sich die Unzufriedenheit der Berlinerinnen und Berliner vor allem auf zwei Arten auf das Wahlergebnis ausgewirkt hat: Es gab nur eine sehr geringe Wahlbeteiligung und der Stimmenzuwachs ist allein der

CDU zugutegekommen. Deren Spitzenkandidat zog mit Wahlslogans wie „Wir lassen uns das Auto nicht verbieten“ in den Wahlkampf. Ob die Menschen wirklich die Inhalte gewählt haben oder nur einfach den inkompetenten rot-grün-roten Senat abwählen wollten?

Die genaue Wahlanalyse steht noch aus, aber ein Blick in die Zahlen zeigt, dass alle kleinen Parteien im Vergleich zu 2021 verloren haben. Unsere Hoffnung, dass sich viele

Nachruf auf Dr. Eva Börsch-Supan

1932 in Dresden geboren, zog es sie nach West-Berlin. Jene Enklave und Exklave, mit 2 Mio Einwohnern ein „Überdruck-Kessel“ auf der kleinen Fläche. Als bald begann sie dort ein Studium der Kunstgeschichte. So lernte sie auch ihren späteren Mann, Prof. Dr. Helmut Börsch-Supan, kennen. Er wurde führend tätig für das Schloss Charlottenburg im gleichnamigen Bezirk. Dort wohnten sie im ältesten Haus des Stadtteils Westend (erbaut 1867).

Eva wurde Spezialistin für die Schinkel-Schüler Persius und Stüler mit etlichen Veröffentlichungen. Zur ÖDP kam sie 1984 sehr ungewöhnlich: Die Beschäftigung mit der Zerstörung historischer Bauten und Denkmäler durch Luftschad-

stoffe machte sie hellhörig für ökologische Anliegen.

Die „Grünen“ kamen als halbherzig für sie nicht in Betracht. So wurde sie bei uns bald aktiv, kandidierte bei Bundestags-, Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen. Lange war sie auch Kassenprüferin beim Landesverband Berlin. Auch ihre Schloss- und Parkführungen für Mitglieder und Interessenten waren sehr beliebt.

Mit 90 Jahren gelangte sie im Oktober 2022 zur letzten Ruhe auf dem Friedhof Luise III. am Fürstenbrunner Weg in Charlottenburg, nahe der Kapelle. Wir sagen ihr Danke!

Harald Graetschel, Gründungsmitglied

enttäuschte Grüne nach einer anderen politischen Heimat umschauen würden, hat sich nicht erfüllt.

Wer eine andere Politik will, muss anders wählen! Das bleibt – auch bei enttäuschenden Wahlergebnissen – wahr. Und anders wählen können Menschen nur, wenn es auch andere Wahloptionen gibt. Deshalb ist unser Engagement wichtig und in den kommenden Wochen werden wir uns damit beschäftigen, wie wir gute politische Arbeit auch außerhalb des Parlaments für diese Stadt machen können.

Unsere Aktiven haben in den vergangenen Wochen extrem viel geleistet. Wir haben gut gekämpft! DANKE!

Kontakt: ÖDP Berlin
 Andrea Brieger, Landesvorsitzende
 info@oedp-berlin.de
 www.oedp-berlin.de

ÖDP Hessen

Die ÖDP Hessen braucht Ihre Unterstützung

In Hessen sind rund 4,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, den nächsten hessischen Landtag zu wählen. Die Landtagswahl wird parallel zur Landtagswahl in Bayern am 08.10.2023 stattfinden. Die ÖDP Hessen hat sich in ihrer Aufstellungsversammlung am 24.09.2022 entschlossen, zur Wahl des 21. hessischen Landtags anzutreten. Dafür werden nach der hessischen Wahlordnung 1.000 gültige Unterstützungsunterschriften benötigt.

Der Landesverband Hessen hat zehn Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt – zu finden unter www.t1p.de/ihcau. Über etwaige Direktkandidaturen in unseren 55 Landtagswahlkreisen wurde noch nicht abschließend entschieden.

Vielen Hessinnen und Hessen ist nach 10 Jahren schwarz-grüner Landesregierung klar geworden, dass es einen Unterschied zwischen grüner und ökologischer Politik gibt. Beispielhaft sind hier der Ausbau des Frankfurter Flughafens und der Betrieb des Flughafens Kassel-Calden. Ganze 5 km Eisenbahnstrecken wurden reaktiviert.

Wir als hessischer Landesverband wollen den vielen enttäuschten Hessinnen und Hessen ein ökologisch-demokratisches Angebot machen. Die Vorstellungen und Ziele der hessischen Landtagskandidatinnen und -kandidaten zeigen deutlich, dass sich die ÖDP im Land engagiert für die Interessen der Hessinnen und Hessen einsetzt, dass sie bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, und die Dringlichkeit der anstehenden Themen erkennt. Welche politischen Ziele für Hessen liegen uns besonders am Herzen?

✓ Wir setzen uns entsprechend unserer politischen DNA für einen umfassenden Natur-, Umwelt- und Klimaschutz ein. Wir haben uns Initiativen, Kampagnen und Aktionen vorgenommen, unseren bisherigen außerparlamentarischen Einsatz für Natur und Umwelt im Sinne (ur-)enkeltauglicher Politik fortzusetzen; dazu gehört beispielsweise die Schließung des Flughafens Kassel-Calden, aber auch die Suche nach Alternativen zu Kunststoffverpackungen.

✓ Der Schutz und die Stärkung der Demokratie sind uns wichtig. Diese Ziele sind unter anderem durch eine Förderung direkter Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen zu erreichen – etwa durch eine Modernisierung der Hessischen Gemeindeordnung, die Vereinfachung von Bürger- und Volksbegehren, die Einrichtung von Bürgerräten und eine Stärkung der hessischen Kommunalpolitik. Weiterhin setzen wir uns ein für ein friedliches und respektvolles ge-



Die auf der Aufstellungsversammlung für die Landtagswahl 2023 gewählten Kandidatinnen und Kandidaten der hessischen ÖDP (v. l.): Artur Storch, Dr. Larissa Dloczik, Joachim Roos, Frank Deworetzki, Markus Hutter, Martin Ratuschny, Jürgen Reuß. Nicht auf dem Bild: Dr. Ralf Grünke, Astrid Lommatzsch, Marika Speckmann

sellschaftliches Miteinander und wollen mit einem effektiven Lobbyregister undemokratische Einflussnahme zurückdrängen. Durch die überfällige Entbürokratisierung unserer Verwaltungen können diese Ziele zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger besser und schneller realisiert werden.

✓ Der Sozialpolitik muss auch auf Landesebene erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Dazu gehören überfällige Sozialreformen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Regelungen für die Digitalisierung der Arbeit und das Arbeiten von zu Hause aus), größere Wertschätzung sozialer Arbeit, Beseitigung des eklatanten Lehrer- und Erzieherinnenmangels (Bildungspolitik) und eine Überprüfung unseres Gesundheitssystems auf Gerechtigkeit, Effizienz und soziale Ausgewogenheit.

✓ Unser Wirtschaftssystem der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist dringend reformbedürftig – durch eine Förderung von Gemeinwohlökonomie auf lokaler und Landesebene, von nachhaltigem Wirtschaften, Kreislauf- und Suffizienzwirtschaft. Dem Verursacherprinzip und der Ressourcenschonung müssen konsequent Rechnung getragen werden. In der hessischen Landwirtschaft gilt es, das Au-

genmerk auf die regionale Lebensmittelversorgung zu richten.

✓ Eine ökologische Energie- und Mobilitätswende ist unumgänglich. Hessen muss sich vor 2045 CO₂- und strahlungsfrei selbst mit Energie versorgen. Zukunftstechnologien und -projekte wie Energiespeicher ohne seltene Erden, lokale und regionale Wärmenetze, Ausbau der Photovoltaik, in vorhandene Infrastruktur integrierte Energietrassen u. v. m. spielen dabei eine entscheidende Rolle.

✓ In der Verkehrspolitik machen wir uns für eine Förderung des Bahnverkehrs und

Kennen Sie Menschen, die in Hessen wahlberechtigt sind?

Dann machen Sie gerne Werbung für die ÖDP und bitten Ihre Verwandten, Freunde oder Bekannten um Unterstützungsunterschriften. Dazu einfach das Formular unter www.t1p.de/67xuq herunterladen, doppelseitig ausdrucken (Datenschutzklärung auf der Rückseite) und per Post senden an: ÖDP Hessen, Breslauer Straße 3, 35321 Laubach

des ÖPNV auch in der Fläche stark, für einen Ausbau des Radwegenetzes, eine Umsetzung des bereits vorliegenden Verkehrswendekonzepts und eine nachhaltige Transformation des Flughafens Kassel-Calden in einen Wohn- und Wirtschaftsstandort.

✓ Damit alle Menschen bedarfsgerechten Wohnraum finden, braucht es eine Ent-rümpelung des Baurechts und der Bauvorschriften sowie eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit dem Ziel, in zehn Jahren wieder einen Bestand von 130.000 Sozialwoh-nungen zu haben. Um weiteren Flächenfraß zu vermeiden, setzen wir uns darüber hinaus für ein sinn- und rücksichtvolles Verdichten in den Beständen ein.

Die ÖDP Hessen möchte an wesentlichen politisch und gesellschaftlich relevanten Themen und Fragen unserer Zeit ansetzen. Wenn Sie Anmerkungen, Ideen oder Vorschläge für uns haben, freuen wir uns über Ihre Rückmel-dung: info@oedp-hessen.de

Kontakt: ÖDP Hessen

Markus Hutter, Landesvorsitzender
Tel.: 0151 41937307
info@oedp-hessen.de, www.oedp-hessen.de

ÖDP Nordrhein-Westfalen

Mahnwache in Lützerath

Am 09.01.2023 begann die Räumung des Dor-fes Lützerath am Rande des Braunkohletage-baus Garzweiler durch die Polizei, um die In-teressen eines Großkonzerns durchzusetzen. Vor Ort wurde dem Landesvorstand nicht ge-stattet, sich am Widerstand zu beteiligen.

Zuvor hatte der Landesvorstand für den 29.10.2022 zu einer Mahnwache in Lützerath unter dem Motto „Lützerath braucht uns“

aufgerufen. Das Dorfgebiet soll in nächster Zeit für den Braunkohletagebau weggebag-ert werden.

Die angereisten ÖDP-Mitglieder und die Landesvorsitzende machten in ihrer Rede auf die Situation aufmerksam: auf Europas größten CO₂-Emittenten RWE, die Notwen-digkeit der Erhaltung der von kompletter Zerstörung bedrohten Dörfer und der Natur und die Rolle der schwarz-grünen Landesre-gierung. Während sich die Grünen brüsten,



Foto: ÖDP NRW

dass sie RWE einen vorgezogenen Kohleaus-stieg abgerungen haben, sind wir als ÖDP der Meinung, dass diese Vereinbarung alles andere als verantwortungsvoll ist. Eine der dreckigsten Energien weiter zu fördern und verfeuern zu lassen, kommt einem Versagen am 1,5-Grad-Klimazi-el gleich. Es wird Le-bensraum von Menschen und Tieren zerstört, geopfert für den Gewinn eines Konzerns, der sich angeblich sogar für Nachhaltigkeit ein-setzt. Wir wehren uns gegen den unsinnigen Raubbau von RWE und positionieren uns klar gegen eine Landesregierung, die die In-teressen eines Lobbyisten für wichtiger hält als den Klimawandel.

Kontakt: ÖDP NRW

Rita Nowak, Landesvorsitzende
presse@oedp-nrw.de
www.oedp-nrw.de

BUNDESARBEITSKREIS GESUNDHEIT

Krankenhaismisere: BAK Gesundheit kritisiert Lauterbach

Am 17. Dezember 2022 formierte sich der Bundesarbeitskreis Gesundheit in der ÖDP neu. Als Erstes äußerten wir uns in einem Statement zu der geplanten Krankenhaus-reform von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD).

Die Krankenhäuser der Grundversorgung, besonders die kleineren Kliniken auf dem Land, kämpfen aufgrund des Kostendrucks und des Personalmangels schon länger um ihr Überleben. Doch der Gesundheitsmi-nister geht nicht an die Ursachen, sondern orientiert sich mit einem halbherzigen „Re-förmchen“ weiterhin an den Gesetzen des Marktes. „Wir Ökodemokraten wollen das Ausbluten der medizinischen Infrastruktur stoppen, bei dem sich nur noch Großkran-kenhäuser in Ballungszentren und profit-orientierte Privatkliniken durchsetzen. Die bisherige Krankenhausfinanzierung ist nicht nur für die Beschäftigten in den Gesundheits-berufen, sondern auch für die Versorgung der Patienten katastrophal.“ Die Finanzia-erung der stationären Versorgung ausschließ-lich nach Fallpauschalen (DRG) setzt falsche Anreize bis hin zu unnötigen Operationen.

Lauterbach will Übernachtungen einspa-ren, indem er frisch operierte Patienten eher nach Hause schicken lässt. Das ist nicht zum Wohl der Patienten, wie er suggeriert. Ihm geht es allein um die Einsparung von Pfl-egekräften. Unter der derzeitigen Situation leiden vor allem kleinere Krankenhäuser, die aufgrund der Marktlogik weniger effi-zient arbeiten können. Im gesundheitspoli-tischen Programm fordert die ÖDP daher: „Die dezentrale, wohnortnahe Krankenhaus-versorgung ist vorzugsweise in der Hand



Foto: Keith Hairing/stock.adobe.com

kommunaler Träger sicherzustellen. [...] Die Schließung zahlreicher patientennaher Krankenhäuser zugunsten von Großkliniken muss verhindert werden. Die Finanzierung der stationären Versorgung ausschließlich über Diagnosen-Verschlüsselung (DRGs) ist zu bürokratisch und nicht menschenge-recht. Wir fordern eine zukunftssichernde Hinwendung zum medizinischen Bedarf als Behandlungskriterium. Die öffentliche Hand muss für die Daseinsvorsorge verantwortlich bleiben.“ Eine weitere Privatisierung oder gar Schließung von Kreiskliniken lehnen wir ab.

Gleichzeitig ist die Aufwertung des Pfl-egeberufs durch bessere Bezahlung und eine erhebliche Verbesserung der Arbeitsbedin-gungen unverzüglich umzusetzen. Hiermit ist zwingend die Aufstockung des Pflege-

schlüssels verbunden. Damit könnten laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung mehr als 600.000 ausgebildete Pflegekräfte zurückgewonnen werden.

Langfristig muss durch verbesserte Prävention, bessere Gesundheitsbildung und Verbraucherschutz eine Besserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung erreicht werden. Fest steht: Medizinische Versorgung ist keine Ware, sondern bleibt ein Recht der Bürger und gehört zur Daseinsvorsorge.

Weiterhin arbeiten wir an Lösungen, wie man ohne Qualitätseinbußen die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens sicherstellen kann, und wir wollen Kontakte zu den Verbänden aufbauen, die unsere Kritik teilen. Auch die problematischen Neuerungen bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden wir uns ansehen. Wer mitarbeiten möchte, ist herzlich willkommen. Bitte melden Sie sich unter bak.gesundheit@oedp.de.

Christine Mehlo-Plath, BAK-Vorsitzende

BUNDESARBEITSKREIS CHRISTEN IN DER ÖDP

Mitgliederversammlung des BAK Christen in der ÖDP

Östlicher geht's nimmer. So kann man die geografische Lage des Klosters St. Marienthal direkt an der Lausitzer Neiße, die hier die Grenze zu Polen bildet, beschreiben. Vom 11. bis 13. November 2022 tagten neun Mitglie-

der des BAK Christen in der ÖDP in diesem ältesten deutschen Zisterzienserinnenkloster, das seit seiner Gründung im Jahr 1234 bis heute ununterbrochen besteht. Im Konvent leben zurzeit zehn Schwestern, die älteste ist

90, die jüngste ist 51 Jahre alt. Die Schwestern leben nach der benediktinischen Regel „Ora et labora“ und beten fünfmal am Tag, erstmals um 04:45 Uhr, letztmals um 19:00 Uhr.

Die thematische Arbeit begann mit dem einstimmigen Beschluss, den bereits zum 60. Bundesparteitag gestellten Antrag auf Einführung eines verpflichtenden ökologisch-sozialen Gemeinwohljahrs für Menschen ab 18 Jahren erneut zu stellen. Daran schloss sich eine sachkundige Führung durch die Klosteranlage an.

Weiter ging es darum, unsere aktive Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) vom 7. bis 11. Juni 2023 in Nürnberg vorzubereiten.

Nach einem erholsamen Spaziergang auf dem 2,8km langen Walderlebnispfad im Klosterforst hielt Dieter Nießner einen sehr aufschlussreichen PowerPoint-Vortrag über das Buch „Earth 4 All“, das 50 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“ des „Club of Rome“ erschienen ist. Es behandelt die Frage, was zu tun ist, damit alle Menschen weltweit überhaupt am Leben bleiben können.

In fünf Bereichen seien sogenannte „Kehrtwenden“ notwendig: Ungleichheit zwischen den Ländern des Nordens und des globalen Südens sowie auch innerhalb der Länder, Ernährung, Energie, Armut und Befähigung (Ungleichverteilung der Bildung und der Macht). Wir müssten weg von der „The Winner Takes All“-Praxis hin zu „Earth 4 All“-Ökonomien.

Bei der nächsten Mitgliederversammlung vom 15. bis 17. September 2023 im Geistlichen Zentrum Schwanberg bei Kitzingen am Main soll der Antrag auf Sterbehilfe (assistierter Suizid) neu gestellt werden.

Um die Lage von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, wird die Zusammenarbeit mit dem BAK Teilhabe angestrebt.

Am Sonntag wurde zusammen mit den Schwestern und externen Gläubigen die Messe gefeiert. Auch an den Tagesgebeten der Schwestern war die Teilnahme möglich. Nach dem Mittagessen ging es wieder „in alle Himmelsrichtungen“ Gott befohlen heim.

*Helmut Graf
Mitglied im BAK Christen in der ÖDP*



Foto: Martin Weinmann

BUNDESARBEITSKREIS QUEER

BAK Queer befasst sich mit geplantem Selbstbestimmungsgesetz

Der BAK Queer wurde auf dem Bundesparteitag in Köln offiziell gegründet. Bei seiner ersten Sitzung wurde ein Vorstand gewählt. Leider trat die stellvertretende Vorsitzende aus der Partei aus, sodass wir im Moment mit Rita Nowak und Stephan Mitesser nur einen verkleinerten Vorstand haben. Trotzdem geht die Arbeit voran. Auf der zweiten (virtuellen) Sitzung wurden viele queere Themen diskutiert: Familienbild, Diskriminierungen

im Alltag und im Recht und das geplante Selbstbestimmungsgesetz. In unserer nächsten Sitzung im März werden wir uns noch mal ausführlicher mit diesem Selbstbestimmungsgesetz befassen, welches das veraltete und in großen Teil verfassungswidrige Transsexualengesetz aus dem Jahr 1981 ersetzen soll. Geplant ist gleichzeitig eine gemeinsame Sitzung mit JÖ – jung.ökologisch.

Rita Nowak, BAK-Vorsitzende

ÖkologiePolitik im neuen Gewand

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Ausgabe der ÖkologiePolitik (ÖP) war nicht wie sonst auf der vorletzten Seite eine Vorschau auf das Titelthema der nächsten Ausgabe zu finden. Stattdessen veröffentlichten wir dort einen Aufruf, Vorschläge zur „Zukunft der ÖP“ einzureichen, wie das ÖDP-Journal noch wirkungsvoller gestaltet und eingesetzt werden könnte. Einige von Ihnen haben dies zum Anlass genommen, Ihre Ideen der Redaktion mitzuteilen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken.

Viele Vorschläge gingen in die Richtung, verstärkt auf Online-Angebote und zusätzliche Verbreitungswege zu setzen, mehr finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten anzubieten und/oder die Seitenzahl des Hefts zu reduzieren. Gleichzeitig wurde aber auch häufiger der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die ÖkologiePolitik als hochwertiges Printprodukt zu erhalten, da das Lesen auf Bildschirmen bzw. Displays doch Grenzen kennt.

Was Sie nun in den Händen halten oder auf einem digitalen Endgerät aufgerufen haben, ist ein schlankeres und grafisch weiterentwickeltes Journal, das sich inhaltlich noch stärker konzentriert und mit einer thematischen Beilage ideal zum Weitergeben eignet – ob innerhalb der Familie, im Freundeskreis oder auf der Arbeit, bei Veranstaltungen oder am Info-Stand. Die ÖkologiePolitik lädt mehr denn je ein, sich mit zukunftsweisenden politischen Ideen und Konzepten auseinanderzusetzen und auch selbst für das Leben auf unserer einmalig schönen Erde aktiv zu werden. Für diesen Zweck kommt in Zukunft jede

ÖP-Ausgabe mit einem nützlichen Einleger, der das Titelthema aufgreift und in praktisches Handeln übersetzt.

Manche Arten von Beiträgen, die wir bisher in der ÖP hatten, wie Buchrezensionen und Leserbriefe, veröffentlichen wir künftig nur noch auf der ÖP-Webseite unter www.oekologiepolitik.de. Von Zeit zu Zeit werden Sie dort auch zusätzliche Beiträge finden, die Sie – wie die aus dem Heft bekannten Artikel – immer gerne lesen und in Ihren Netzwerken weiterleiten können. Es lohnt sich also, nicht nur im gedruckten Heft zu blättern, sondern darüber hinaus gelegentlich auf oekologiepolitik.de vorbeizuschauen. Unterstützen können Sie die Verbreitung der ÖP darüber hinaus auch mit einem halbjährlichen oder jährlichen Förderbeitrag. Füllen Sie dazu einfach das Formular auf Seite 38 aus und senden es an die ÖDP-Bundesgeschäftsstelle zurück.

Was sind Ihre Eindrücke von der neuen ÖP? Lassen Sie uns gerne wissen, wie das überarbeitete Heft mit der Beilage auf Sie wirkt – und auch, welche Erlebnisse Sie damit haben.

Senden Sie bitte Ihre **Rückmeldungen** mit dem Stichwort bzw. Betreff „**Neue ÖP**“ per Mail an redaktion@oekologiepolitik.de, per Fax an 0931 4048629 oder per Post an ÖDP-Bundesverband, Stichwort „Neue ÖP“, Pommerngasse 1, 97070 Würzburg.

In der ÖDP sind viele Menschen versammelt, die sich für eine lebenswerte Zukunft von Menschen, Tieren und Pflanzen einsetzen. Die neue ÖkologiePolitik mit ihrem Einleger knüpft nahtlos an dieser Motivation an. Lassen Sie sich inspirieren und lassen Sie zu, dass andere davon angesteckt werden. Dann gibt es Hoffnung für unseren Planeten mit allen nachkommenden Generationen.

Ihre ÖP-Redaktion

Natur- und Artenschutz jetzt!

Wir Menschen sind von einer intakten Natur abhängig: für unsere Ernährung und Erholung, saubere Luft, frisches Wasser und Schutz vor Katastrophen. Kaum jemand wird dem widersprechen. Aber wie erreicht man eine intakte Natur? Wir in der ÖDP haben zukunftsweisende Pläne und möchten der Natur mit ihren vielfältigen Arten eine Stimme geben. Mit einer Mitgliedschaft in der ÖDP stärken Sie dieses Anliegen. Tragen Sie dazu bei, dass Natur- und Artenschutz überall im Land Realität wird!



Antrag online ausfüllen:
www.oedp.de/mitmachen/mitgliedschaft

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt. Ich verstehe mich eher als

- reguläres Mitglied Schnuppermitglied
- Ich möchte nicht automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein (nur Personen unter 36 Jahren).

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Telefon/Mobil _____

Beruf _____

Geburtsstag* _____

Der Beitritt wurde mir empfohlen

von _____

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/en (Partei/Zeitraum):

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- den Regelbeitrag von 8,- Euro pro Monat
- den Familienbeitrag von 8,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- den Seniorenbeitrag von 4,- Euro pro Monat
- den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)
- zusätzlich 20,- Euro pro Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“
- einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag in Höhe von _____ Euro

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054/ Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen möglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche Abbuchung halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1,
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Mehr ÖkologiePolitik.

Sie möchten mehr sinnvolle Nachrichten von ÖkologiePolitik mit Mensch und Natur im Mittelpunkt erhalten oder weitergeben? Kreuzen Sie einfach an, was auf Sie zutrifft, tragen Sie unten Ihre Daten ein und senden Sie das ausgefüllte Formular zurück an die ÖDP. Alternativ können Sie auch unter www.oedp-shop.de bestellen.

Die ÖkologiePolitik und ihre Beilage „ÖDP aktiv!“ sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Ob Mitglied oder nicht: Sie helfen uns sehr, wenn Sie mit einem freiwilligen Beitrag Erstellung und Versand des Magazins unterstützen. Herzlichen Dank!

Ich möchte zukünftig die **ÖkologiePolitik** inkl. Beilage erhalten (halbjährlich kündbar):

- als ÖDP-Mitglied / als Nicht-Mitglied
- als gedruckte Ausgabe per Post (20,- Euro im Jahr für Nicht-Mitglieder)
- als digitale Ausgabe im PDF-Format (10,- Euro im Jahr für Nicht-Mitglieder)

Das Abo wurde mir vermittelt von:

Ich möchte **(nach-)bestellen**:

- ÖkologiePolitik (pro Heft 6,- Euro):

Heft-Nr./Thema: _____

Stück: _____

- Beilage „ÖDP aktiv!“ (je 10 Stück 3,- Euro):

Thema: _____

Stück: _____

Freiwillige Unterstützung:

Ich unterstütze die ÖkologiePolitik – unabhängig von Abo oder Parteimitgliedschaft – mit einem

regelmäßigen Betrag von _____ Euro

- halbjährlich jährlich



Newsletter und Pressemitteilungen:

Neuigkeiten von der ÖDP per E-Mail abonnieren: www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo

Meine Kontaktdaten (Pflichtfelder*):

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Telefon/Mobil _____

Meine Bankverbindung:

Kontoinhaber/in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054/
Mandatsreferenznummer: OEP-[Name]

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen möglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1,
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

IMPRESSUM

Die Print- und die Online-Ausgabe der ÖkologiePolitik sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Juli 2023**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel
Unstruttal/Thüringen
kommunikation@oedp.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Dr. Andrea Brieger, Matthias Dietrich,
Andrea Gilg, Helmut Graf,
Markus Hutter, Urban Mangold,
Christine Mehlo-Plath,
Rita Nowak

Interviewpartner/-innen

Dr. Frauke Fischer
Peter Hensinger
Dr. Hilke Oberhansberg
Tobias Ruff
Prof. Dr. Markus Vogt
Magnus Wessel

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Nürnberger Str. 13 A, 93152 Nittendorf
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: 06131 679820, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00
BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



ÖkologiePolitik im September 2023: Wasser und Gemeinwohl



Foto: Romy Michaud/pixabay.com



14.05.2023 (So.)
Bürgerschaftswahl in Bremen
www.oedp-bremen.de

14.05.2023 (So.)
Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein
www.oedp-sh.de

19.–21.05.2023 (Fr.–So.)
ÖDP-Bundesparteitag in Gersfeld/Rhön
www.oedp.de

24.06.2023 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Bayern in Regensburg
www.oedp-bayern.de

03.–06.08.2023 (Do.–So.)
Zukunftsfestival „Sprout“ in Mengerskirchen
www.sprout-zukunftsfestival.de

19.08.2023 (Sa.)
Landesparteitag ÖDP Niedersachsen in Lüneburg
www.oedp-niedersachsen.de

08.10.2023 (So.)
Landtagswahl in Bayern
www.oedp-bayern.de

08.10.2023 (So.)
Landtagswahl in Hessen
www.oedp-hessen.de

28./29.10.2023 (Sa./So.)
Aufstellungsversammlung ÖDP-Bundesliste zur Europawahl 2024 in Würzburg
www.oedp.de

